

„Die Kohlenzüge sind ein Rückschritt“

Umweltstaatsrat Wolfgang Golasowski prüft rechtliche Schritte zum Schutz der Bahn-Anwohner



Staatsrat Wolfgang Golasowski im Interview: Die Kohlenzüge zu früherer Stunde seien sehr ärgerlich. Die Behörde wolle genau beobachten, was dort passiert. FOTO: KUHAUPT

Die Anwohner der Eisenbahntrasse durch Bremen-Nord sind genervt von den Kohlentransporten, die seit Frühjahr zum Kraftwerk Farge fahren. Lärm- und Staubemissionen mindern die Lebensqualität. Können die zuständigen Behörden dagegen nichts unternehmen? Darüber sprach Jürgen Theiner mit Staatsrat Wolfgang Golasowski aus dem Senatsressort für Bau, Umwelt und Verkehr.

Der Kraftwerksbetreiber GDF Suez scheint die Zusicherungen an die Anwohner der Bahnstrecke nicht einzuhalten. Versprochen war, dass die Transporte nicht vor 6 Uhr unterwegs sind. Tatsächlich fahren die Züge an manchen Tagen schon gegen 4 Uhr. Möchten Sie um diese Zeit aus dem Schlaf gerissen werden?

Wolfgang Golasowski: Nein, ganz bestimmt nicht. Nach meinen Erkundigungen handelte es sich bei diesen frühen Zügen um Ausreißer. Planmäßig sollen die Züge um 5.35 Uhr in Vegesack abfahren, um dann um 6 Uhr beim Kraftwerk zu sein. Das finde ich allerdings auch schon sehr früh. Auch ich habe damals die Aussagen von GDF Suez so verstanden, dass vor 6 Uhr keine Züge fahren.

In der Redaktion der NORDDEUTSCHEN melden sich immer wieder Leser, die versichern, dass Kohlefuhrer um 4 Uhr keine Ausreißer sind, sondern dass dies mit Regelmäßigkeit passiert.

Wenn die Züge um 5.35 Uhr vom Vegesacker Bahnhof nach Farge weiterfahren, dann sind sie natürlich schon früher aus Richtung Hauptbahnhof unterwegs. Aber Sie haben Recht: Das ist alles sehr, sehr früh, und ich würde mir natürlich wünschen, dass die Züge später fahren.

Kritik üben Anwohner auch an den Kohlestaubwolken, die die Züge hinter sich herziehen. GDF hatte versprochen, dass die Züge dem Stand der Technik entsprechen. Diese Ansage wurde allgemein so verstanden, dass die Waggon geschlossen sind. Doch auch das ist nicht der Fall. Ich habe mir sagen lassen, dass es mit der Abdeckung schwierig ist, weil es zu Verpuffungen kommen kann. Aber zumindest sollte es möglich sein, Planen über die Waggon zu spannen, damit keine Kohlenfahne entsteht.

Vorläufig ist es so: Wenn ich ein älteres Auto besitze, darf ich wegen des Feinstaubausstoßes damit nicht in die Innenstadt. Aber es ist völlig okay, wenn ein 110 Me-

ter langer Kohlenzug seine Dreckfahne durch Bremen-Nord zieht.

Na ja, der Vergleich mit der Umweltzone hinkt ein bisschen. In der Innenstadt geht es um Feinstaub. Das ist etwas, das man nicht sieht, aber ganz gefährlich ist. Damit will ich aber nichts beschönigen. Kohlenzüge, die eine Staubfahne hinter sich herziehen, sind ärgerlich. Und meine Erwartung an das Eisenbahnunternehmen ist, dass es alles dafür tut, diese Belastung der Umgebung zu vermeiden.

Ihre Formulierungen sind eher vage. Sie sagen: Ich habe Erwartungen – ich wünsche mir – es sollte möglich sein, dass... Haben Sie keine konkrete Handhabe, um auf GDF oder das Bahnunternehmen einzuwirken?

Die Rechtslage ist so, dass diese Transporte stattfinden können, weil dort immer schon Güterverkehr stattgefunden hat.

Gilt das prinzipiell rund um die Uhr?

Rund um die Uhr. Das ist bei den Planfeststellungsbeschlüssen zur Wiederaufnahme des Personenverkehrs auf der Farge-Vegesacker Eisenbahn nicht noch einmal in Frage gestellt worden. Wir reden hier gewissermaßen von alten Rechten. Aber die sind natürlich nicht grenzenlos. Wir sind ja dabei, für ganz Bremen einen Lärmaktionsplan aufzustellen. Dazu finden auch Anhörungen von Bürgern statt. Wir haben gerade aus dem Bereich der Bahnanlagen massive Beschwerden. Denen gehen wir nach – übrigens nicht nur wir als Verkehrs- und Umweltbehörde, sondern auch die Gewerbeaufsicht und das Gesundheitsamt. Grundsätzlich bin ich sehr, sehr verärgert darüber, dass ein Kohletransport über den Wasserweg, der jahrzehntlang gut geklappt hat, nun auf die Bahn übergeht und damit durch bewohnte Gebiete. Das ist ein Rückschritt. Der Kraftwerksbetreiber meint, das so machen zu müssen, aber wir werden das ganz genau beobachten. Und das, was wir machen können und rechtssicher ist, das werden wir auch tun.

Noch mal: Welche Instrumente stehen Ihnen dafür zur Verfügung?

Beim Planfeststellungsbeschluss hat man seinerzeit einen ganz bestimmten Umfang an Güterverkehr unterstellt. Wir schauen uns nun an, ob sich die jetzige Nutzung in diesem Rahmen bewegt. Wenn ich höre, dass die Züge regelmäßig in den frühen Morgenstunden fahren und eine Staubfahne hinter sich herziehen, dann müssen wir ernsthaft fragen, ob die damaligen Annahmen eigentlich noch zutreffen.

Für eine solche Prüfung würde eine Menge Zeit ins Land gehen.

Kurzfristig ist in der Tat keine Lösung zu erwarten. Aber wir sind da sehr aufmerksam.

Nominierung für Michael Häfker

Für Engagementpreis vorgeschlagen



Michael Häfker aus Burgdamm ist für den Deutschen Engagementpreis vorgeschlagen. Die Entscheidung fällt im September. FOTO: IRIS MESSERSCHMIDT

Burgdamm-Marbel (jla). Michael Häfker ist für den Deutschen Engagementpreis 2013 nominiert worden. Der Vorsitzende des Vereins Nachbarschaftshaus Marbel setzt sich in seiner Funktion als Vorstandsmitglied des Bürgertreffpunktes und in der Politik als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Burgdamm/Marbel für die Stadtteile Burgdamm und Marbel ein. Er betont: „Ich engagiere mich für alle Menschen aus allen Nationen und möchte, dass sich alle in unserem Stadtteil wohlfühlen.“

Vom 12. März bis 12. Juni waren alle Bürger aufgerufen, ihre ganz persönlichen Helden für diese Ehrung vorzuschlagen. Mit dem Deutschen Engagementpreis soll die Aufmerksamkeit und die Anerkennung für freiwilliges Engagement in Deutschland gestärkt werden. Träger des Preises ist das Bündnis für Gemeinnützigkeit, ein Zusammenschluss von Dachverbänden und unabhängigen Organisationen sowie von Experten und Wissenschaftlern. Förderer sind das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Generali Zukunftsfonds.

Eine Experten-Jury wählt im September die Preisträger und die 15 Finalisten für den Publikumspreis. Den Gewinner des mit 10000 Euro dotierten Publikumspreises wählen die Bürger im Oktober unter www.deutscher-engagementpreis.de. Alle Preisträger des Deutschen Engagementpreises werden im Rahmen einer Preisverleihung am 5. Dezember, dem internationalen Tag des Ehrenamtes, in Berlin bekannt gegeben und ausgezeichnet.

Liebe in Lesmona wird lebendig

Burgdamm (jla). Im Mitmachmuseum Köksch un Qualm, Stader Landstraße 46, lesen Christine Bongartz und Elke Dittmar von der Bremer Leselust am Donnerstag, 4. Juli, 15.30 Uhr, aus Briefen von Magdalena Pauli und Bertha Elking. Magdalena Pauli hat St. Magnus mit ihrem Briefroman „Sommer in Lesmona“ einen Platz in der Weltliteratur verschafft. Die Briefe entführen die Zuhörer in die Welt des hanseatischen Bürgertums um 1900. In der szenischen Lesung wird die unglückliche Liebesgeschichte zwischen der 18-jährigen Magda und ihrem englischen Vetter Percy erzählt. Der Eintritt inklusive Verzehr kostet 6,80 Euro. Weitere Informationen unter Telefonnummer 0421/63695866.

Rosen nicht kleinzukriegen

Blumenbeete in Grambke führen erfolgreiches Eigenleben

Grambke (ajb). Jahrzehntlang führten wilde Rosen, Brombeersträucher und Bodendecker an der Kreuzung Mittelsbüener Landstraße/Auf den Delben ein üppiges Dasein. Für Umweltbetriebe Bremen allerdings ein zu teures, und aus Kostengründen wurde Ende vergangenen Jahres gerodet. Künftig sollten hier pflegeleichtere Grashügel mit Wieseneffekt den Straßenrand zieren (wir berichteten).

Zur sommerlichen Blütenpracht habe es jedoch nur eines der betroffenen Beete gebracht, wie Agnes Müller-Lang, FDP-Fraktionsvorsitzende im Burglesumer Beirat, in einer Mitteilung an die Presse schreibt. Auf

den anderen ehemaligen Rosenhügeln hätten sich dagegen Disteln und weiteres Unkraut breitgemacht. Was wieder die Umweltbetriebe auf den Plan brachte. Das Unkraut wurde gejätet und zum Vorschein kamen – neue junge Rosensträucher.

„Und die sollen jetzt auch bleiben“, meint Müller-Lang. „Noch ein weiterer Schildbürgerstreich wäre fatal und hätte mit Geldeinsparungen nichts mehr zu tun.“ Da gebe es sicherlich Möglichkeiten, diesen Rosen, die so sehr ums Überleben gekämpft hätten, die nötige Pflege zukommen zu lassen.

Martina Werlich neue Chefin

Leiterin der Arbeitnehmerkammer Nord will Angebot ausweiten

Bremen-Nord (ajb). Martina Werlich ist bei der Arbeitnehmerkammer die neue Leiterin der Geschäftsstelle Bremen-Nord. Sie tritt die Nachfolge von Heinrich Thora an, der in den Ruhestand geht. Martina Werlich kam 2010 als Volljuristin zur Kammer und nahm ihren Dienst als Rechtsberaterin in der Geschäftsstelle in der Lindenstraße auf. Zuvor hatte sie als Rechtsanwältin gearbeitet. Bei der Kammer berät sie nun die Mitglieder unter anderem in Fragen des Arbeits- und Sozialversicherungsrechts.

„Ich freue mich auf die neue Aufgabe und auf die gute Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen“, teilte sie ges-

tern per Presseerklärung mit. Allein in Bremen-Nord habe die Arbeitnehmerkammer im vergangenen Jahr rund 12000 Beratungen zu verzeichnen gehabt. „Das zeigt, wie groß der Bedarf bei den Arbeitnehmern und Bürgern in Bremen-Nord nach Beratung ist.“ Man werde daher das Angebot verbessern und auch ausweiten.

In der Geschäftsstelle Nord sind derzeit elf Mitarbeiter tätig. Das Angebot umfasst Beratungen in Fällen des Arbeits- und Steuerrechts sowie bei Berufskrankheiten. In der öffentlichen Rechtsberatung gibt es zudem Hilfestellung auf nahezu allen Rechtsgebieten.

Mehr als 100 Familien warten auf Bewilligung eines persönlichen Assistenten

VON PATRICIA BRANDT

Bremen-Nord. Der Senat muss sich jetzt mit dem Durcheinander bei den Assistenten für Schüler mit Behinderung befassen. Darauf drängt die CDU-Bürgerschaftsfraktion. Seitdem Bremen die persönlichen Assistenten zu einer Assistenz in Schulen umwandelt, gebe es noch viele Fragen zur Finanzierung dieser Neuordnung. Mehr als hundert Väter und Mütter warten derzeit auf einen Bescheid aus der Behörde, ob ihr Kind überhaupt einen persönlichen Assistenten erhält. Eine Familie aus Blumenthal hat mittlerweile Klage erhoben. Wer künftig den Rollstuhl von Ömer Erisimis (14) in die Oberschule In den Sandwehen schiebt, soll per Eilantrag beim Sozialgericht geklärt werden.

Wie berichtet, hatte die Bildungsbehörde im Sommer 2012 aus persönlichen Assistenten körperbehinderter Kinder eine Assistenz in Schulen gemacht. Diese bildet eine Art Personalpool und wird an der jeweiligen Schule koordiniert. Der Vorteil

soll sein, dass betroffene Eltern nur einen Ansprechpartner haben und nicht einerseits die Schulbehörde, andererseits das Sozialressort. Fachlich ist das aber nach Meinung von Experten zwischen den Ressorts nicht einfach umzusetzen. Im Fall von Ömer Erisimis, der an einer Erbkrankheit leidet, gewährt das Bildungsressort dem Schüler der Oberschule In den Sandwehen eine persönliche Assistenz im Unterricht, während das Amt für Soziale Dienste die Übernahme der Kosten für eine Schulwegbegleitung ablehnt. „Bis jetzt wissen wir nicht wie es nach den Ferien weiter geht“, sagt Mutter Taliye Erisimis. Der Anwalt hat Klage erhoben.

Aktuell beschäftigt sich Anwalt Fabian Rust mit diversen Nachfragen der Behörde zum Sachverhalt. Sie will wissen, ob nicht zum Beispiel Ömers älterer Bruder die Schulwegbegleitung übernehmen oder Geld aus der Pflegekasse eingesetzt werden könnte. Fragen wie diese seien nicht erheblich für die Entscheidung der Behörde, so Rust. „Die Behörde hatte fünf Monate

Zeit, diese Fragen zu stellen. Es ist ein Skandal, dass sie sie erst jetzt nach Klageerhebung ermittelt.“

Kritik äußert auch der Landesbehindertenbeauftragte Joachim Steinbrück am Verfahren. Er erwarte von einer Behörde, dass sie einer Familie in einer schwierigen Lage helfe – und dieser nicht noch Steine in den



Gerd-Rolf Rosenberger begleitet Schüler Ömer Erisimis auf dessen Schulweg. FOTO: ARCHIV

Weg lege. Durch Ömers Fall werde auch ein generelles Problem offensichtlich: „Durch die Umstellung der Schulassistenten ist ein ziemliches Chaos angerichtet worden.“ Der zweite Schritt sei vor dem ersten erfolgt: „Die bisherige Regelung wurde aufgehoben, ohne zu wissen, wie es weitergeht“, sagt Steinbrück.

Beim Bildungsressort stapeln sich dieser Tage die Anträge von Eltern von gehandicapten Kindern. „Es liegen über hundert Neuanträge für Assistenten für das Schuljahr 2013/14 vor“, sagt Christina Selzer, Sprecherin des Bildungsressorts. Die Zahl der Anträge ist nach ihren Worten stark gestiegen, im vergangenen Jahr lag sie demnach bei 60. Doch viele Eltern müssen damit rechnen, abgewiesen zu werden. „Mehr als die Hälfte hat keinen Anspruch“, sagt Selzer. Wer eine persönliche Assistenz bekommt, erhalte noch in den Ferien Bescheid.

Die Situation bleibt aus Sicht der CDU unbefriedigend. „Die in den Schulen, bei den Schülern, Eltern und den Trägern im

Sommer 2012 entstandene Verunsicherung hält trotz aller anders lautenden Bekundungen des Senats bis heute an“, begründet die CDU-Fraktion ihre Anfrage.

Die Partei fordert verbindliche Strukturen trotz Neuordnung der Assistenten. Mit ihrer Anfrage will die Fraktion zum Beispiel klären, ob der Senat sicher stellt, dass körperbehinderte Kinder weiterhin einen festen Ansprechpartner haben, der sie in intimen Situationen begleitet. Auch freie Träger wie der Martinsclub bräuchten als Arbeitgeber der Assistenten verlässliche Vorgaben, um Tarifverträge aushandeln zu können, so die Fraktion. Offen ist derzeit ebenfalls, in welcher Höhe Zuwendungen fürs neue Schuljahr vorgesehen sind und aus welchem Ressort diese stammen. Die Antworten des Senats dürften auch Ömers Eltern interessieren. Eine Frage lautet: „Wie und nach welchen Kriterien stellt der Senat sicher, dass Kinder und Jugendliche mit körperlichen Behinderungen auch in Zukunft auf dem Schulweg von einer persönlichen Assistenz begleitet werden?“

ANZEIGE

EXZELLENT STRASSENLAG. AUCH OHNE STRASSE.

WER MINI SAGT, MUSS AUCH MINKE SAGEN.

MINKE Vertragshändler Bremen
Telefon: 0421/660560
www.mini-minke.de

AUTOS FÜR BREMEN UND UMWZU